Dahlem, Michael

Von:
Gesendet: Mittwoch, 11. Februar 2026 10:16
An: Frantzen, Jürgen
Cc: Dahlem, Michael
Betreff: [EXTERN] AW: Haushaltsplan Analyse durch KI
Anlagen: Sparvorschlaege_Haushalt_Titz_2026.pdf; Analyse_Haushalt_Titz_2025_vs_2026.pdf; Fragenkatalog_Rat_Haushalt_2026.pdf

Hallo Herr Frantzen,

„KI Kommunale Intelligenz". 😊 genau mein Humor 😊
Und entschuldigen Sie bitte den Fehler im Namen.

Ich wollte Ihnen auch nur einmal aufzeigen, was Jemand wie ich, der keine Ahnung von Kommunaler Verwaltung hat,
mit KI (Künstlicher Intelligenz 😊) alles so anstellen kann. Darauf müssen sich jetzt Alle, egal in welchem Bereich, einstellen.

Anbei mal die Komplette Auswertung der KI nach der einfachen Anweisung:
Analysiere die Pläne
finde Unstimmigkeiten
finde Einsparmöglichkeiten
mache Vorschläge

Kleiner Fun-fact: den Fragenkatalog an den Rat hat die KI für sinnvoll gesehen und gleich mit generiert 😮

„Wer sich vorbereitet hat, den wird Nichts überraschen"

Jetzt stellen Sie sich nur mal vor. die **Kommunale Intelligenz** arbeitet mit der **Künstlichen Intelligenz** zusammen.
Natürlich innerhalb der Grenzen der DSGVO und der EU AI Act.

OK, gut. Die KI ist nur ein Werkzeug. Leider kann es Jeder einsetzen und es damit zu einem dummen Werkzeug machen.
Aber richtig eingesetzt ist es ein mächtiges Werkzeug, welches das Potential hat unglaublich nützlich zu sein.

Grüße

Von: Frantzen, Jürgen <Juergen.Frantzen@titz.de>
Gesendet: Dienstag, 10. Februar 2026 20:00
An:
Cc: Dahlem, Michael <Michael.Dahlem@titz.de>
Betreff: FW: Haushaltsplan Analyse durch KI

Sehr geehrter

vielen Dank für Ihre Nachricht. Die von Ihnen per KI (Künstliche Intelligenz) erstellte Kurzanalyse deckt sich weitgehend mit dem durch KI (Kommunale Intelligenz) erstellten Haushaltsplan. ;-)

Verschiedene der von Ihnen übermittelten Analysen bedürfen zur Einordnung allerdings einer tieferen Analyse; nur als exemplarische Beispiele: Die Umschuldung kommunal aufgenommener Kredite ist Folge einer geänderten rechtlichen Regelung, die Kassenkredite als Finanzierungsinstrument für Investitionen nicht mehr zulässt. Oder die verschiedenen zuwendungsfinanzierten Stellen, die Ihnen die KI als „kritisch" (was passiert danach?) benennt, sind selbstverständlich befristet besetzt. Zu vielen dieser Anmerkungen würde ich nun weitere Erläuterungen machen können. Dies aber würde den Rahmen einer ad-hoc-Mail deutlich sprengen.

Genau deshalb lasse ich Ihre Nachricht (samt Anhang) inkl. meiner Eingangsbestätigung dem Kämmerer der Landgemeinde, Herrn Michael Dahlem, zukommen. Er steht Ihnen nicht für eine „Einsichtnahme" in den Entwurf des Haushaltsplans, sondern sicher gerne für ein Gespräch auf Augenhöhe zur Verfügung. Sie erreichen ihn per Mail (sieh Zeile „cc") oder telefonisch unter 02463/9954-100.

Beste Grüße
Jürgen Frantzen (mit oder ohne KI mit „t" im Nachnamen)

From:
Sent: Tuesday, February 10, 2026 7:44 PM
To: Frantzen, Jürgen <Juergen.Frantzen@titz.de>
Subject: [EXTERN] Haushaltsplan Analyse durch KI

Hallo Herr Franzen.

Da die Haushaltspläne ja öffentlich zugänglich sind, habe ich die KI mal bemüht eine Analyse durchzuführen.
Anbei das Ergebnis.

Ich hoffe Sie finden dies hilfreich.

Viele Grüße

Konkrete Sparvorschläge mit EUR-Beträgen Haushalt 2026

Landgemeinde Titz

Stand: 10. Februar 2026
Grundlage: Haushaltsplan 2025 und Haushaltsplanentwurf 2026 inkl. HSK

Stand: 10. Februar 2026
Grundlage: Vergleich Haushaltsplan 2025 mit Haushaltsplanentwurf 2026 inkl. HSK 2026-2036

Gesamtübersicht

Kategorie	Einsparpotenzial (konservativ)	Einsparpotenzial (ambitioniert)
A) Sofortmaßnahmen (freiwillige Leistungen)	62.500 EUR	94.000 EUR
B) Kurzfristig (Sachkosten optimieren)	145.000 EUR	295.000 EUR
C) Mittelfristig (Personal und Struktur)	130.000 EUR	310.000 EUR
D) Einnahmeverbesserungen	100.000 EUR	350.000 EUR
Gesamtpotenzial	**437.500 EUR**	**1.049.000 EUR**

Hinweis: Die konservative Schätzung umfasst Maßnahmen mit geringem politischem Widerstand. Die ambitionierte Schätzung erfordert politischen Willen und ggf. unpopuläre Entscheidungen.

A) Sofortmaßnahmen - Freiwillige Leistungen kürzen

Diese Maßnahmen können kurzfristig im Rahmen der Haushaltsberatungen umgesetzt werden.

A.1 Fraktionszuwendungen auf Vorniveau zurückführen

Ansatz 2026	**13.000 EUR**
Ansatz 2025	3.450 EUR
Vorschlag	Rückführung auf maximal 5.000 EUR
Einsparpo..	**8.000 EUR/Jahr**
Begründung	Eine Fast-Vervierfachung im HSK-Jahr ist politisch nicht vermittelbar. Die Fraktionen sollten ein Zeichen der Sparbereitschaft setzen.

A.2 Städtepartnerschaften aussetzen

Ansatz 2026	**5.000 EUR**
Vorschlag	Für die Dauer des HSK auf 0 EUR setzen
Einsparpotenzial	**5.000 EUR/Jahr**
Begründung	Freiwillige Leistung, die im HSK nicht darstellbar ist. Pflege der Partnerschaft kann über ehrenamtliches Engagement erfolgen.

A.3 Verfügungsmittel reduzieren

Ansatz 2026 BM	**4.000 EUR**
Ansatz 2026 PR	2.500 EUR
Vorschlag	BM: 2.000 EUR, PR: 1.500 EUR
Einsparpotenzial	**3.000 EUR/Jahr**
Begründung	Signalwirkung - die Verwaltungsspitze spart bei sich selbst.

A.4 Gästebewirtung und Repräsentationen kürzen

Ansatz 2026	**3.000 EUR**
Vorschlag	Reduktion auf 1.500 EUR
Einsparpotenzial	**1.500 EUR/Jahr**
Begründung	Im HSK-Zeitraum sollte auf aufwändige Bewirtung verzichtet werden.

A.5 Aufwand Jugendparlament reduzieren

Ansatz 2026	**2.500 EUR + 500 EUR Zuschuss**
Vorschlag	Reduktion auf 1.500 EUR gesamt
Einsparpotenzial	**1.500 EUR/Jahr**
Begründung	Jugendpartizipation ist wichtig, kann aber auch mit geringerem Budget gestaltet werden.

A.6 Zuschuss Betriebskosten Bürgerhäuser überprüfen

Ansatz 2026	**10.000 EUR (von 7.000 in 2025, +42,9%)**
Vorschlag	Rückführung auf 7.000 EUR
Einsparpotenzial	**3.000 EUR/Jahr**
Begründung	Steigerung um 42,9% im HSK-Jahr nicht nachvollziehbar.

A.7 Zuschuss Gymnasien überprüfen

Ansatz 2026	**14.500 EUR (von 18.000 in 2025)**
Vorschlag	Bereits reduziert - weitere Prüfung ob 10.000 möglich
Einsparpotenzial	**4.500 EUR/Jahr**
Begründung	Gymnasien liegen im Kreisgebiet und werden primär durch den Kreis finanziert.

A.8 Werbung und Öffentlichkeitsarbeit kürzen

Ansatz 2026	**3.500 EUR (Position 54 311 80 im Produkt Verwaltungsführung: 1.000 + weitere 2.500)**
Vorschlag	Reduktion auf 1.500 EUR gesamt
Einsparpotenzial	**2.000 EUR/Jahr**
Begründung	Im HSK-Zeitraum kann auf kostenintensive Werbemaßnahmen verzichtet werden.

A.9 Prämienaufwendung Vorschlagswesen streichen

Ansatz 2025	**100 EUR**
Ansatz 2026	0 EUR
Status	Bereits umgesetzt - bestätigen

A.10 Zuschüsse an private Unternehmen und Kreissportbund prüfen

Ansatz 2026 Unternehmen	**60.000 EUR**
Ansatz 2026 Kreissportbund	90.000 EUR
Vorschlag	Prüfung ob Pflicht- oder freiwillige Leistung; bei freiwilliger Leistung: Reduktion um 20%
Einsparpotenzial	**bis zu 30.000 EUR/Jahr**
Begründung	Größte freiwillige Zuschussposition nach den Umlagen. Muss im HSK auf den Prüfstand.

A.11 Ferienspiele reduzieren

Ansatz 2026	**6.000 EUR Aufwand bei 6.000 EUR Erstattung**
Vorschlag	Kostenneutrale Gestaltung durch höhere Teilnehmerbeiträge
Einsparpotenzial	**1.000 EUR/Jahr (Netto-Entlastung)**
Begründung	Teilnehmerbeiträge sollten die Kosten vollständig decken.

A.12 Zuschuss Dorfweihnachtsbaum

Ansatz 2026	**3.000 EUR**
Vorschlag	Finanzierung durch Sponsoring/Vereinsarbeit
Einsparpotenzial	**3.000 EUR/Jahr**
Begründung	Klassische freiwillige Leistung, die durch bürgerschaftliches Engagement ersetzt werden kann.

Summe Sofortmaßnahmen: 62.500 - 94.000 EUR/Jahr

B) Kurzfristige Maßnahmen - Sachkosten optimieren

Diese Maßnahmen erfordern Vertragsverhandlungen, Ausschreibungen oder organisatorische Veränderungen und sind innerhalb von 6-18 Monaten umsetzbar.

B.1 Versicherungsverträge neu ausschreiben

Ansatz 2026	**320.450 EUR (+45,5% gegenüber 2025!)**
Vorschlag	Bündelausschreibung aller Versicherungen über kommunalen Versicherungsmakler
Einsparp..	**40.000 - 80.000 EUR/Jahr**
Begründung	Eine Steigerung um 45,5% in einem Jahr ist marktunüblich. Durch Bündelausschreibung und Wettbewerb sind Einsparungen von 15-25% realistisch.
Umsetzung	Sofort mit Ausschreibung beginnen; Wirkung ab 2027.

B.2 Öffentliche Bekanntmachungen digitalisieren

Ansatz 2026	**40.000 EUR (von 16.000 in 2025, +150%)**
Vorschlag	Umstellung auf primär digitale Bekanntmachung (Gemeindewebsite, Amtsblatt digital); Printversion nur wo rechtlich zwingend
Einsparpotenzial	**20.000 - 25.000 EUR/Jahr**
Begründung	Die Steigerung um 150% muss hinterfragt werden. Digitale Bekanntmachungen sind nach GO NRW grundsätzlich zulässig.

B.3 Aus- und Fortbildung priorisieren

Ansatz 2026	**77.800 EUR (von 39.000 in 2025, +99,5%)**
Vorschlag	Reduktion auf 55.000 EUR; nur zwingend notwendige und gesetzlich vorgeschriebene Fortbildungen
Einsparp..	**22.800 EUR/Jahr**
Begründung	Eine Verdopplung im HSK-Jahr ist nicht darstellbar. Interne Wissensvermittlung (Kollegen schulen Kollegen) kann externe Fortbildungen teilweise ersetzen.

B.4 Gebäudereinigung neu ausschreiben

Ansatz 2026	**262.500 EUR**
Vorschlag	Neuausschreibung mit angepasstem Leistungsverzeichnis (Reinigungsintervalle prüfen, Eigenreinigung in kleinen Gebäuden)
Einsparpotenzial	**15.000 - 30.000 EUR/Jahr**
Begründung	Regelmäßige Neuausschreibung kann Einsparungen von 5-10% erzielen.

B.5 Energiekosten senken

Ansatz..	**349.050 EUR (+89,7%!)**
Ansatz ..	243.550 EUR
Ansatz ..	84.100 EUR
Gesamt ..	676.700 EUR

Vorschlag	Gebündelte Energiebeschaffung über kommunale Einkaufsgemeinschaft; LED-Umrüstu..
Einspar..	**30.000 - 60.000 EUR/Jahr**
Begründ..	Die Stromkosten-Verdopplung muss dringend analysiert werden. Allein durch Wech..

B.6 Fahrzeughaltung und -betrieb optimieren

Ansatz 2026 Haltung	**91.500 EUR (+37,6%)**
Ansatz 2026 Bet..	48.000 EUR
Ansatz 2026 Kfz..	24.833 EUR
Ansatz 2026 Kfz-Steuer	3.140 EUR
Gesamt Fahrzeuge	167.473 EUR
Vorschlag	Fuhrparkanalyse: Auslastung prüfen, Fahrzeuge reduzieren, auf E-Fahrzeuge umsteigen (geringere Betriebskosten), Car-Sharing prüfen
Einsparpotenzial	**10.000 - 20.000 EUR/Jahr**
Begründung	Die Steigerung von 37,6% bei Fahrzeughaltung deutet auf Erweiterung oder Sonderkosten hin.

B.7 Müllentsorgung überprüfen

Ansatz 2026	**650.400 EUR (+22,8%) + 20.000 EUR wilder Müll**
Vorschlag	Vertragsprüfung, ggf. Neuausschreibung; Konzept gegen wilden Müll (Prävention statt Beseitigung)
Einsparp..	**5.000 - 15.000 EUR/Jahr**
Begründung	Kostenrechnende Einrichtung - Steigerungen sollten durch Gebühren gedeckt sein..

B.8 IT-Kosten konsolidieren

Ansatz 2026 KDVZ-Umlage	**305.000 EUR**
Ansatz 2026 EDV Datev	47.000 EUR
Ansatz 2026 Externer IT-Support	9.000 EUR
Ansatz 2026 Digitalisierung OZG	6.000 EUR
Gesamt IT	367.000 EUR
Vorschlag	Prüfung ob alle KDVZ-Leistungen benötigt werden; Datev-Vertrag verhandeln; IT-Support intern bündeln
Einsparpotenzial	**5.000 - 15.000 EUR/Jahr**
Begründung	IT-Kosten sind ein wachsender Posten. Eine Bedarfsanalyse könnte unnötige Lizenzen und Dienste identifizieren.

B.9 Schülerbeförderung optimieren

Ansatz 2026	**335.000 EUR (+12,4%)**
Vorschlag	Routenoptimierung, Prüfung ob Sammelbeförderung effizienter als Einzelfahrscheine; Abstimmung mit Nachbarkommunen
Einsparpotenzial	**5.000 - 15.000 EUR/Jahr**
Begründung	Regelmäßig wachsender Posten, der durch intelligentere Routenplanung gedämpft werden kann.

B.10 Kommunale Abgaben (Aufwand) prüfen

Ansatz 2026	**546.600 EUR (von 719.700 - bereits gesunken)**
Vorschlag	Systematische Prüfung aller Bescheide, Widersprüche bei überhöhten Veranlagungen
Einsparpotenzial	**2.200 - 5.000 EUR/Jahr**
Begründung	Auch Kommunen können Bescheide anderer Trager prüfen und ggf. anfechten.

Summe kurzfristige Maßnahmen: 145.000 - 295.000 EUR/Jahr

C) Mittelfristige Maßnahmen - Personal und Struktur

Diese Maßnahmen erfordern politische Grundsatzentscheidungen und Organisationsveränderungen. Umsetzungszeitraum: 1-3 Jahre.

C.1 Stellenmoratorium mit Ausnahmen

Aktue..	**+2,11 Netto-Stellen im HSK-Jahr**
Vorsc..	Grundsätzliches Moratorium für neue Stellen; Ausnahmen nur bei vollständiger Geg..
Einsp..	**50.000 - 120.000 EUR/Jahr**
Begrü..	Jede neue Stelle kostet 50.000-65.000 EUR/Jahr (inkl. AG-Anteile). Durch natürli..

C.2 Archivstelle überprüfen

Aktuelle Situation	**Aufstockung von 0,5 auf 1,0 Stelle**
Vorschlag	Rückführung auf 0,75 Stelle; Digitalisierungsaufgaben durch vorhandene IT-Kräfte mitabdecken
Einsparpotenzial	**12.000 - 15.000 EUR/Jahr**
Begründung	Verdopplung der Archivstelle im HSK-Jahr schwer zu rechtfertigen.

C.3 Sicherheitsdienst Rathaus alternativ lösen

Aktuelle Situation	**0,16 Stellenanteile (geringfügig Beschäftigter)**
Vorschlag	Technische Sicherung (Zutrittskontrolle, Videoüberwachung) statt Personaleinsatz
Einsparpotenzial	**5.000 - 8.000 EUR/Jahr (nach einmaliger Investition von ca. 5.000 EUR)**
Begründung	Technische Lösung ist langfristig günstiger als Personal.

C.4 Interkommunale Zusammenarbeit ausbauen

Aktue..	**Wenige interkommunale Kooperationen erkennbar**
Vorschlag	Gemeinsame Ausschreibungen (Energie, Versicherung, Reinigung) mit Nachbarkommun..
Einspa..	**20.000 - 50.000 EUR/Jahr**
Begrün..	Durch Bündelung von Aufträgen und Teilen von Spezialkräften können kleine Gemeinden erheblich sparen.

C.5 Sicherheitstechnische Betreuung und Datenschutz bündeln

Ansatz 2026 Sicherheit	**30.000 EUR**
Ansatz 2026 Datenschutz	7.200 EUR
Gesamt	37.200 EUR
Vorschlag	Interkommunaler Vertrag oder Bündelung bei einem Anbieter
Einsparpotenzial	**3.000 - 7.000 EUR/Jahr**

C.6 Gebäudebestand reduzieren

Aktuelle Situation	**Hohe Instandhaltungs- (621.100 EUR), Bewirtschaftungs- (12.500 EUR) und Energiekosten (676.700 EUR) für gemeindliche Gebäude**
Vorschlag	Systematische Bewertung aller Gebäude: Welche können verkauft, vermietet oder aufgegeben werden? Konzentration auf Kerngebäude.
Einsparpotenzial	**20.000 - 50.000 EUR/Jahr + einmalige Verkaufserlöse**
Begründung	Jedes nicht mehr benötigte Gebäude spart Instandhaltung, Energie, Reinigung und Versicherung.

C.7 Strukturwandel-Engagement fokussieren

Aktuelle ..	**Multiple Projekte und Beteiligungen (Brainergy Park, NEULAND HAMBACH, LandFOLGE, Kraftraum Shuttle, "Zukunft Titz")**
Vorschlag	Konzentration auf maximal 2-3 Projekte mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis; aus den übrigen aussteigen oder Engagement reduzieren
Einsparpotenzial	**20.000 - 60.000 EUR/Jahr**
Begründung	Die Breite des Engagements übersteigt die Kapazitäten einer kleinen Gemeinde im HSK. Fokussierung erhöht auch die Erfolgschancen.

Summe mittelfristige Maßnahmen: 130.000 - 310.000 EUR/Jahr

D) Einnahmeverbesserungen

D.1 Hundesteuer erhöhen

Ansatz 2026	**140.000 EUR (unverändert seit 2021!)**
Vorschlag	Anhebung um 25% (Hundebestandsaufnahme ist für 2026 geplant); gefährliche Hunde stärker besteuern
Einsparpo..	**35.000 EUR/Jahr**
Begründung	Die Hundesteuersätze sind seit 2021 unverändert. Die geplante Hundebestandsaufnahme wird vermutlich auch Mehranmeldungen ergeben.

D.2 Gebühren für Brandschauen voll kostendeckend gestalten

Ertrag 2026	**5.000 EUR**
Aufwand 2026	5.000 EUR
Vorschlag	Prüfung ob Personalkosten-Anteile voll eingepreist sind
Einsparpotenzial	**2.000 - 5.000 EUR/Jahr**

D.3 Verwaltungsgebühren anpassen

Ansatz 2026	**24.000 EUR (sinkt von 24.800)**
Vorschlag	Prüfung und Anhebung aller Gebührentatbestände auf Vollkostendeckung
Einsparpotenzial	**5.000 - 10.000 EUR/Jahr**
Begründung	Gebühren werden in vielen Kommunen nur unregelmäßig angepasst. Eine systematische Überprüfung deckt häufig Unterdeckungen auf.

D.4 Grundstücksverkäufe intensivieren

Ansatz 2026	**250.000 EUR (Veräußerungserlöse) + 500.000 EUR (Finanzplan)**
Vorschlag	Systematische Erfassung aller gemeindeeigenen Grundstücke; Prüfung, welche nicht für gemeindliche Zwecke benötigt werden; aktive Vermarktung
Einsparp..	**50.000 - 200.000 EUR (einmalig, zusätzlich zum Planansatz)**
Begründung	Im aktuellen Marktumfeld sind Grundstückserlöse noch realisierbar. Jeder Verkauf reduziert zudem laufende Unterhaltungskosten.

D.5 Kostenerstattungen konsequent einfordern

Aktuell..	**Diverse Erstattungspositionen (Kreis, Land, Bund, Wasserwerk)**
Vorschlag	Systematische Prüfung ob alle erstattungsfähigen Kosten auch geltend gemacht w..
Einsparp..	**5.000 - 20.000 EUR/Jahr**

D.6 EEG-Einnahmen maximieren

Ansatz 2026	**ca. 150.000 EUR (in Sonstige ordentliche Erträge enthalten)**
Vorschlag	Aktive Ansiedlung weiterer EE-Anlagen im Gemeindegebiet; Prüfung ob Flächennutzungsplan angepasst werden sollte
Einsparpotenzial	**10.000 - 50.000 EUR/Jahr (mittelfristig)**
Begründung	Die EEG-Umlagen sind eine der wenigen wachsenden Einnahmequellen, die die Gemeinde aktiv beeinflussen kann.

D.7 Parkraumbewirtschaftung / Bußgelder

Ansatz 2026..	**15.000 EUR**
Vorschlag	Intensivierung der Verkehrsüberwachung (auch zur Verkehrssicherheit); ggf. mobile Geschwindigkeitsmessanlage
Einsparpotenzial	**10.000 - 30.000 EUR/Jahr**
Begründung	Viele Kommunen nutzen Geschwindigkeitsüberwachung als Einnahmequelle bei gleichzeitiger Erhöhung der Verkehrssicherheit.

D.8 Mahngeb. / Säumniszuschläge konsequent erheben

Ansatz 2026	**25.000 + 20.000 = 45.000 EUR**
Vorschlag	Konsequentes Mahnwesen mit verkürzten Fristen; Automatisierung des Mahnprozesses
Einsparpotenzial	**3.000 - 5.000 EUR/Jahr**

Summe Einnahmeverbesserungen: 100.000 - 350.000 EUR/Jahr

E) Maßnahmen, die NICHT empfohlen werden

Die folgenden Positionen wurden geprüft, aber eine Kürzung wird aus fachlichen Gründen **nicht empfohlen**:

Position	Begründung gegen Kürzung
Instandhaltung Gebäude/Infrastruktur	Unterlassene Instandhaltung führt zu exponentiell steigenden Folgekosten
Feuerwehr (Ersatzbeschaffung, Jugendfeuerwehr)	Pflichtaufgabe, sicherheitsrelevant
Schülerbeförderung (Grundbedarf)	Pflichtaufgabe
Straßenbeleuchtung	Verkehrssicherungspflicht
Instandhaltung Abwasserrohrnetz	Pflichtaufgabe, Umweltschutz, SüwV Kan
Lernmittel	Gesetzliche Pflicht (LFG NW)
Kindergarten/OGS (Grundversorgung)	Pflichtaufgabe, gesellschaftlich notwendig
Winterdienst	Verkehrssicherungspflicht, kostenrechnende Einrichtung
Friedhofspflege (Grundpflege)	Pflichtaufgabe

F) Umsetzungsfahrplan

Phase 1: Sofort (Haushaltsberatungen Februar-Mai 2026)

- Alle Maßnahmen aus Kategorie A beschließen
- Versicherungsausschreibung starten (B.1)
- Energieaudit beauftragen (B.5)
- Stellenmoratorium beschließen (C.1)
- **Erwartete Wirkung 2026: ca. 60.000 - 90.000 EUR**

Phase 2: Kurzfristig (bis Ende 2026)

- Neuausschreibungen durchführen (B.2, B.4, B.7)
- Aus-/Fortbildungsprogramm straffen (B.3)
- Fuhrparkanalyse durchführen (B.6)
- Gebührenüberprüfung abschließen (D.2, D.3)
- Hundesteuererhöhung beschließen (D.1)
- **Erwartete Wirkung ab 2027: ca. 150.000 - 250.000 EUR**

Phase 3: Mittelfristig (2027-2028)

- Interkommunale Kooperationen aufbauen (C.4, C.5)
- Gebäudebestand optimieren (C.6)
- Strukturwandel-Engagement fokussieren (C.7)
- Grundstücksverkäufe realisieren (D.4)
- EEG-Potenziale erschließen (D.6)
- **Erwartete Wirkung ab 2028: ca. 200.000 - 400.000 EUR**

G) Gesamtbewertung

Was die Sparvorschläge leisten können

Das identifizierte Gesamtpotenzial von **437.500 bis 1.049.000 EUR/Jahr** kann das strukturelle Defizit von 6,2 Mio. EUR **nicht allein schließen**. Es kann jedoch:

- Den Konsolidierungspfad des HSK beschleunigen
- Die Glaubwürdigkeit gegenüber der Kommunalaufsicht stärken
- Die Belastung der Bürger durch Steuererhöhungen begrenzen
- Handlungsspielräume für unvermeidbare Ausgaben schaffen

Was zusätzlich notwendig ist

- **Entlastung bei den Umlagen**

(Kreis- und Jugendamtsumlage: zusammen 11,4 Mio. EUR) - hier muss die Gemeinde auf Kreisebene aktiv werden

- **Wirtschaftsentwicklung** - nur steigende Gewerbesteuereinnahmen können das strukturelle Defizit langfristig schließen
- **Bedarfszuweisungen** des Landes beantragen
- **Strukturelle Reformen** auf Landes- und Kreisebene einfordern (Konnexitätsprinzip)

Verhältnis zum Defizit

	Betrag
Jahresdefizit 2026	-6.211.961 EUR
Sparpotenzial (konservativ)	+437.500 EUR
Sparpotenzial (ambitioniert)	+1.049.000 EUR
Verbleibendes Defizit (konservativ)	**-5.774.461 EUR**
Verbleibendes Defizit (ambitioniert)	**-5.162.961 EUR**

Die Sparmaßnahmen können das Defizit um **7-17%** reduzieren. Das ist ein wichtiger Beitrag, reicht aber allein nicht aus. Die Kombination aus Sparen, Einnahmen steigern und strukturelle Entlastung einfordern ist der einzig gangbare Weg.

Diese Sparvorschläge dienen als Diskussionsgrundlage für die politischen Beratungen. Die angegebenen EUR-Beträge sind Schätzwerte auf Basis der verfügbaren Haushaltsdaten. Die tatsächlichen Einsparungen können je nach Umsetzung abweichen.

Vergleichsanalyse Haushaltspläne Landgemeinde Titz

2025 vs. 2026

Erstellt am: 10. Februar 2026

Grundlage: Haushaltsplan 2025 (481 S.) und Haushaltsplan 2026 inkl. HSK (544 S.)

Erstellt am: 10. Februar 2026
Grundlage: Haushaltsplan 2025 (481 Seiten) und Haushaltsplan 2026 inkl. HSK (544 Seiten)

1. ALARMSIGNAL: Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2026-2036

Der gravierendste Unterschied zwischen beiden Haushaltsplänen:
2026 enthält erstmals ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) für den Zeitraum 2026 bis 2036.
Das bedeutet, die Gemeinde kann den Haushalt nicht mehr aus eigener Kraft ausgleichen und steht unter verschärfter kommunalaufsichtlicher Begleitung. Der Haushaltsausgleich wird erst **2036** angestrebt - also in 10 Jahren.

Im 2025er Plan war noch kein HSK enthalten. Die damalige mittelfristige Planung ging von Defiziten zwischen 4,1 und 5,4 Mio. EUR aus - die Realität hat sich als noch schlechter erwiesen.

2. Gesamtüberblick - Die Kernzahlen

Kennzahl	2025 (Ansatz)	2026 (Ansatz)	Veränderung
Ordentliche Erträge	27.553.268 EUR	29.217.933 EUR	+6,0%
Ordentliche Aufwendungen	32.469.284 EUR	34.480.565 EUR	+6,2%
Ordentliches Ergebnis	-4.916.016 EUR	-5.262.632 EUR	-7,0%
Finanzergebnis	-1.158.140 EUR	-1.638.940 EUR	-41,5%
Jahresergebnis (vor glob. Minderaufw.)	-6.074.156 EUR	-6.901.572 EUR	-13,6%
Globaler Minderaufwand	-649.386 EUR	-689.611 EUR	
Jahresdefizit (nach glob. Minderaufw.)	**-5.424.770 EUR**	**-6.211.961 EUR**	**+14,5% schlechter**
Kreditermächtigung (Investition)	35.000.000 EUR	35.000.000 EUR	unverändert
davon aus Vorjahren nicht in Anspruch genommen	17.000.000 EUR	**2.000.000 EUR**	Fast aufgebraucht!
Kassenkredite (Höchstbetrag)	40.000.000 EUR	**33.000.000 EUR**	-17,5%
Verringerung allgemeine Rücklage	0 EUR	**6.211.961 EUR**	Substanzverzehr!
Verlustvortrag	5.424.770 EUR	-	

Kernaussage: Das Defizit wächst trotz massiver Steuererhöhungen um fast 800.000 EUR.

3. MASSIVE Steuererhöhungen

Hebesatzvergleich

Steuerart	2025 Hebesatz	2026 Hebesatz	Steigerung	Mehreinnahme
Grundsteuer A	939 v.H.	**1.400 v.H.**	**+49,1%**	+122.410 EUR
Grundsteuer B	799 v.H.	**1.200 v.H.**	**+50,2%**	+1.325.190 EUR
Gewerbesteuer	519 v.H.	**575 v.H.**	+10,8%	sollte +180.000 bringen

Steuereinnahmen im Vergleich

Steuerart	2025 Ansatz	2026 Ansatz	Veränderung
Grundsteuer A	365.150	487.560	+33,5%
Grundsteuer B	2.154.600	3.479.790	+61,5%
Grundsteuer C	0	0 (erst ab 2027: 500.000)	
Gewerbesteuer	**4.680.342**	**3.200.370**	**-31,6% (-1.479.972!)**

Einkommensteuer-Anteil	6.220.696	6.277.982		+0,9%
Umsatzsteuer-Anteil	329.214	341.035		+3,6%
Hundesteuer	140.000	140.000	unverändert	
Steuern gesamt	**14.490.077**	**14.540.813**		**+0,4%**

Trotz massiver Hebesatzerhöhungen (+50% Grundsteuer!) steigen die Gesamtsteuereinnahmen nur um 0,4%, weil die Gewerbesteuer um 1,48 Mio. EUR einbricht.

Gewerbesteuer: Plan vs. Ist (historisch)

Jahr	Planansatz	Ist-Ergebnis	Abweichung
2016	1.800.000	2.584.086	+784.086
2017	2.800.000	3.345.269	+545.269
2018	2.994.000	2.643.147	-350.853
2019	2.899.998	3.789.117	+889.119
2020	3.100.037	3.503.777	+403.740
2021	2.998.990	2.297.004	-701.986
2022	2.594.800	3.506.311	+911.511
2023	2.711.067	4.501.815	+1.790.748
2024	4.500.000	4.258.222	-241.778
2025 (vorl.)	4.680.342	2.969.067	**-1.711.275**

Das vorläufige Ergebnis 2025 zeigt einen dramatischen Einbruch von 1,7 Mio. EUR unter Plan.

4. Die grössten Veränderungen im Detail

A) Aufwandsseite - Wo es deutlich teurer wird

Zinsaufwendungen (grösster relativer Anstieg)

Position	2025	2026	Veränderung
Kurzfristige Zinsen	510.000	**50.000**	-90,2%
Langfristige Zinsen	688.000	**1.630.450**	**+137,0%**
Kreditbeschaffungskosten	6.000	7.500	+25,0%
Zinsen gesamt	**1.215.050**	**1.698.950**	**+39,8%**

Die Umwandlung von Kassenkrediten in langfristige Investitionskredite (gemäß § 89 Abs. 2 GO NRW) verschiebt die Zinslast, reduziert sie aber nicht. Bis 2029 steigen die Zinsen auf **2.306.830 EUR** - eine Verdopplung gegenüber 2025.

Transferaufwendungen (grösster absoluter Posten)

Position	2025	2026	Veränderung
Kreisumlage allgemein	5.116.737	5.367.590	+4,9%
Jugendamtsumlage	5.763.103	6.045.645	+4,9%
ÖPNV-Umlage (NEU!)	**0**	**669.696**	**komplett neu**
Förderschulen-Umlage	280.000	365.000	+30,4%
Wasserverbände	1.610.616	1.981.000	+23,0%
Gewerbesteuerumlage	315.630	194.800	-38,3%
Krankenhausumlage	152.109	159.585	+4,9%

Zweckverbandsumlagen	43.125	45.250	+4,9%
AsylbLG Leistungen	960.000	622.000	-35,2%
AsylbLG Miete	712.000	370.350	-48,0%
AsylbLG Strom	75.000	0	-100,0%
KDVZ-Umlage	303.000	305.000	+0,7%
Transfers gesamt	**15.556.620**	**16.358.166**	**+5,2%**

Die Transfers machen **47,4%** aller ordentlichen Aufwendungen aus.

Sach- und Dienstleistungen

Position	2025	2026	Veränderung
Strom	184.000	**349.050**	**+89,7%**
Sonstige Dienstleistungen	543.600	**715.450**	**+31,6%**
Müllentsorgung	529.400	**650.400**	**+22,8%**
OGS-Aufwendungen	570.000	**685.000**	**+20,2%**
Schülerbeförderung	298.000	335.000	+12,4%
Gebäudereinigung	252.000	262.500	+4,2%
Instandhaltung Grundst./Geb. (laufend)	214.500	351.000	+63,6%
Instandhaltung Grundst./Geb. (einmalig)	215.000	270.100	+25,6%
Instandhaltung Infrastruktur	291.000	371.000	+27,5%
Unterhaltung Straßenbeleuchtung	88.000	100.000	+13,6%
Haltung von Fahrzeugen	66.500	91.500	+37,6%
Kfz-Betriebskosten	41.000	48.000	+17,1%
Lernmittel LFG	41.000	50.000	+22,0%
VHS u.a.	27.500	33.500	+21,8%
Wilder Müll	10.000	20.000	+100,0%
Sicherheitstechnische Betreuung	25.000	30.000	+20,0%
Wasser	125.600	84.100	-33,1%
Gas/Heizung/Wärme	295.000	243.550	-17,4%
Kommunale Abgaben	719.700	546.600	-24,1%
Beratung Strukturentwicklung	120.000	24.600	-79,5%
Sach-/Dienstleist. gesamt	**5.617.250**	**6.193.200**	**+10,3%**

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Position	2025	2026	Veränderung
Fraktionszuwendungen	3.450	**13.000**	**+276,8%**
Öffentl. Bekanntmachungen	16.000	**40.000**	**+150,0%**
Versicherungen	220.250	**320.450**	**+45,5%**
Aus-/Fortbildung	39.000	**77.800**	**+99,5%**
Dienst-/Schutzkleidung	34.500	43.500	+26,1%
Aufwandsentschädigung Fraktionsvorsitz	30.200	38.850	+28,6%
Aufwandsentschädigung Ortsvorsteher	38.300	41.500	+8,4%
Aufwandsentschädigung Ratsmitglieder	40.600	44.000	+8,4%
Mieten/Pachten (54 220 00)	552.000	224.500	-59,3%
Mieten/Pachten (54 220 10)	9.400	220.700	+2.248,9%
Bauleitplanung	70.000	80.000	+14,3%
Rechts-/Beratungskosten	63.100	34.500	-45,3%

Kosten Wahlen	40.000	0	-100% (kein Wahljahr)
Brandschauen	2.500	5.000	+100,0%

Personalaufwendungen

Position	2025	2026	Veränderung
Dienstbezüge Beamte	519.203	515.178	-0,8%
Dienstbezüge Tarifbeschäftigte	4.040.128	4.284.241	+6,0%
Versorgungskasse TVöD	311.091	329.886	+6,0%
Sozialversicherung TVöD	848.423	899.693	+6,0%
Beihilfe aktive Beamte	30.517	32.644	+7,0%
Pensionsrückstellungen	286.470	194.800	-32,0%
Beihilferückstellungen	44.338	43.676	-1,5%
Personal gesamt	**6.080.170**	**6.300.118**	**+3,6%**
Versorgung gesamt	605.395	611.463	+1,0%

Stellenplan-Veränderung: **+2,65 Stellen** im Tarifbereich, -0,54 Stellen im Beamtenbereich. Netto: +2,11 Stellen im HSK-Jahr.

Bilanzielle Abschreibungen

Position	2025	2026	Veränderung
Abschreibungen auf Gebäude	1.057.510	1.210.905	+14,5%
Abschreibungen auf Straßen/Wege/Plätze	869.920	956.438	+9,9%
Abschreibungen auf Entwässerungsanlagen	584.868	627.580	+7,3%
Abschreibungen auf Fahrzeuge	201.124	212.145	+5,5%
Abschreibungen auf BGA	207.163	192.719	-7,0%
Bilanzierungshilfen	0	119.499	neu
Abschreibungen gesamt	**3.093.725**	**3.514.695**	**+13,6%**

B) Ertragsseite - Wo weniger reinkommt

Position	2025	2026	Veränderung
Gewerbesteuer	4.680.342	**3.200.370**	**-31,6% (-1.479.972)**
Mieten/Pachten (Ertrag)	698.400	**275.000**	**-60,6% (-423.400)**
Nebenkosten Miete	170.650	**0**	**-100% (-170.650)**
Müllgebühren	534.300	504.000	-5,7%
Konzessionsabgaben	360.800	348.760	-3,3%
Sonstige ordentliche Erträge	201.910	151.300	-25,1%

C) Neue Positionen 2026 (im 2025er Plan nicht vorhanden)

Position	Betrag 2026	Kommentar
ÖPNV-Umlage (53 760 00)	**669.696 EUR**	Komplett neue Pflichtabgabe
Nutzungsentschädigungen Kreis (Ertrag, 44 820 20)	317.500 EUR	Neu - Gegenfinanzierung?
Nebenkosten Nutzungsentschädigung Kreis (44 820 30)	131.900 EUR	Neu
Nutzungsentschädigungen (Ertrag, 44 880 70)	161.100 EUR	Neu
Nebenkosten Nutzungsentschädigungen (44 880 80)	56.400 EUR	Neu
Auflösung SoPo Gebührenausgleich	352.620 EUR	von 28.261 EUR - Vervölffachung

5. Positionen, die NICHT selbsterklärend sind

5.1 "Sonstige Dienstleistungen" (52 910 00): 543.600 -> 715.450 EUR

Ein Sammelposten mit +171.850 EUR Steigerung (+31,6%) ohne klare Aufschlüsselung im Gesamtergebnisplan. Was genau verbirgt sich hinter diesem Pauschalansatz? In den Folgejahren steigt er sogar auf 848.280 EUR (2027). Hier fehlt Transparenz.

5.2 Mieten/Pachten - Rätselhafte Verschiebung

- **Aufwand** 54 220 00: Sinkt von 552.000 auf 224.500 EUR
- **Aufwand** 54 220 10: Steigt von 9.400 auf 220.700 EUR
- **Ertrag** 44 110 00 (Mieten/Pachten): Sinkt von 698.400 auf 275.000 EUR
- **Ertrag** 44 110 10 (Nebenkosten): Sinkt von 170.650 auf 0 EUR

Hier findet offensichtlich eine massive Umstrukturierung statt. Wurden Gebäude verkauft, abgegeben oder umgewidmet? Die Nettobelastung verschiebt sich erheblich. Möglicher Zusammenhang mit den neuen "Nutzungsentschädigungen Kreis".

5.3 Nutzungsentschädigungen Kreis (NEU)

Komplett neue Positionen auf der Ertragsseite (317.500 + 131.900 EUR). Vermutlich handelt es sich um Erstattungen des Kreises für die Nutzung gemeindlicher Gebäude (Flüchtlingsunterkünfte?). Die Gegenposition auf der Aufwandsseite fehlt oder ist in den Mietkosten versteckt.

5.4 Auflösung SoPo Gebührenausgleich: 28.261 -> 352.620 EUR

Eine Vervölffachung dieses bilanziellen Ertrags. Das ist ein einmaliger Effekt, der das Ergebnis optisch verbessert, aber keine echte Einnahme darstellt. Im Folgejahr (2027) fällt dieser Ertrag auf 0 EUR - ein klassischer Bilanz-Einmaleffekt.

5.5 Abschreibungen auf Bilanzierungshilfen: 119.499 EUR

Seit 2026 in jedem Planjahr enthalten. Bilanzierungshilfen sind ein Instrument aus der NKF-Reform, keine echte Abschreibung auf reale Vermögenswerte.

5.6 "Sonstige ordentliche Erträge" (45 910 70)

Sinkt von 201.910 auf 151.300 EUR (-25%) ohne nachvollziehbare Erklärung. Laut Vorbericht sind hier u.a. EEG-Umlagen (150.000 EUR) enthalten.

5.7 Erstattungen vom Land (44 810 00)

Springt von 35.560 auf 192.860 EUR (+442%). Hintergrund unklar - möglicherweise Fördermittel für Strukturwandel-Projekte.

5.8 Globaler Minderaufwand

Beide Jahre setzen einen pauschalen "Minderaufwand" von 2% der ordentlichen Aufwendungen an (2025: 649.386 / 2026: 689.611 EUR). Das ist eine Planungshilfe für unterjährig nicht getätigte Ausgaben - aber letztlich ein statistischer Hoffnungswert ohne konkrete Zuordnung.

6. Positionen, die für eine KLEINE Gemeinde fragwürdig sind

6.1 Bürgschaften: ~14 Mio. EUR Risiko

Für eine Gemeinde mit ca. 8.000 Einwohnern und HSK ein enormes Haftungsrisiko:

Gesellschaft	Bürgschaftsrahmen	Tatsächl. Inanspruchnahme	Veränderung ggü. 2025
Brainergy Park Jülich GmbH	10.798.213 EUR	7.596.900 EUR	+910.800 EUR
GET (Gemeinde-GmbH)	864.800 EUR	341.000 EUR	unverändert
NEULAND HAMBACH GmbH	**3.012.000 EUR**	2.965.373 EUR	**+586.000 Rahmen, +558.840 Inanspruchnahme**
Gesamt	**14.675.013 EUR**	**10.903.273 EUR**	

Das entspricht ca. 1.363 EUR Bürgschaftsrisiko pro Einwohner.

6.2 Strukturwandelmanagement

Eigenes Produkt (909102) mit eigenen Stellen und diversen Projekten:

- "Zukunft Titz - Wandel gestalten" (neue Stelle, unter Fördervorbehalt)
- "Kraftraum Shuttle" (On-Demand-Verkehr, 250.000 EUR, 95% gefördert)
- Beratung Strukturentwicklung: 24.600 EUR
- Diverse Umfeldinitiativen (NEULAND HAMBACH, LandFOLGE Garzweiler)

Für eine kleine Gemeinde im HSK ambitioniert. Zwar großteils gefördert, aber: Was passiert nach Förderungsende?

6.3 PRIMUS-Quartier

Auf der Titelseite des 2025er Plans prominent als "neue und zukunftsgerichtete Ortsmitte" beworben. Ein städtebauliches Großprojekt bei gleichzeitigem Haushaltssicherungskonzept.

6.4 Nachhaltigkeits-/Klimaschutzmanagement

Zwei Vollzeitstellen (80% gefördert). Nach Förderungsende (unbekannt) trägt die Gemeinde die Kosten allein - ca. 100.000-120.000 EUR/Jahr.

6.5 Fraktionszuwendungen: 13.000 EUR

Von 3.450 EUR auf 13.000 EUR fast vervierfacht - im HSK-Jahr ein problematisches Signal.

6.6 Städtepartnerschaften: 5.000 EUR/Jahr

Im HSK eigentlich ein Luxus, auch wenn der Betrag symbolisch ist.

6.7 Jugendparlament

2.500 EUR jährlich plus Zuschuss (500 EUR) - sympathisch, aber im HSK-Kontext zu hinterfragen.

6.8 Archivstelle aufgestockt

Von 0,5 auf 1,0 Vollzeitstelle erhöht. Begründung: Digitalisierung. Kostensteigerung: ca. 25.000-30.000 EUR/Jahr.

6.9 Sicherheitsdienst Rathaus (NEU)

0,16 Stellenanteile für einen Sicherheitsdienst nach einem "sicherheitsrelevanten Vorfall". Dauerkosten für eine Maßnahme, die möglicherweise auch anders gelöst werden könnte.

6.10 Gemeindeentwicklungs- und Dienstleistungsgesellschaft (GET)

Eigene GmbH mit Bürgschaftsbedarf (864.800 EUR). Bindet Verwaltungsressourcen und erzeugt Zusatzkosten (Prüfung, Berichtswesen, etc.).

---

7. Die Zinsenfalle - Verschuldungsentwicklung

Zinsentwicklung

Jahr	Kurzfristige Zinsen	Langfristige Zinsen	Gesamt
2024 (Ist)	888.470	514.404	1.506.283
2025 (Ansatz)	510.000	688.000	1.215.050
2026 (Ansatz)	**50.000**	**1.630.450**	**1.698.950**
2027 (Plan)	69.000	2.042.400	2.129.910
2028 (Plan)	87.000	2.204.800	2.310.320
2029 (Plan)	87.000	2.201.300	2.306.830

Kreditaufnahme und Tilgung (Finanzplan 2026)

Position	2025 Ansatz	2026 Ansatz	2027 Plan	2028 Plan	2029 Plan
Kreditaufnahme Investition	16.000.000	14.000.000	13.000.000	5.500.000	3.000.000
Kreditaufnahme Liquidität	4.500.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Tilgung Investition	1.350.000	1.650.000	2.000.000	2.300.000	5.600.000
Tilgung Liquidität	5.500.000	3.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Netto-Neuverschuldung	**+13.650.000**	**+10.350.000**	**+11.000.000**	**+3.200.000**	**-2.600.000**

Die Gemeinde verschuldet sich in 2025-2027 um insgesamt **35 Mio. EUR netto zusätzlich**.

Liquide Mittel (Entwicklung)

Jahr	Liquide Mittel
2025 (Ansatz)	1.469.311 EUR
2026 (Ansatz)	792.080 EUR
2027 (Plan)	45.920 EUR
2028 (Plan)	**-15.572 EUR**
2029 (Plan)	427.909 EUR

2028 droht rechnerisch Illiquidität.

---

8. Investitionsplanung

Investitionsbereich	2025 Ansatz	2026 Ansatz	2027 Plan
Grundstücke/Gebäude	3.440.000	3.072.850	763.400
Baumaßnahmen	**8.932.000**	**4.115.000**	**10.020.000**
Bewegliches Anlagevermögen	191.500	492.300	293.200
Finanzanlagen	30.625	50.000	100.000
Investitionen gesamt	**12.594.125**	**7.730.150**	**11.176.600**

abzgl. Investitionseinnahmen	2.383.885	2.191.499	3.571.165
Netto-Investitionsbedarf	**10.210.240**	**5.538.651**	**7.605.435**

Die Investitionen schwanken enorm. Der Fokus 2026 liegt offenbar auf Grundstückserwerb und weniger auf Baumaßnahmen. 2027 explodieren die Baumaßnahmen auf 10 Mio. EUR.

9. Einsparpotenziale

A) Kurzfristig realisierbar (Gesamtpotenzial: ca. 80.000-100.000 EUR)

Maßnahme	Einsparpotenzial	Kommentar	
Fraktionszuwendungen auf altes Niveau	~9.500 EUR		13.000 zurück auf 3.450
Städtepartnerschaften aussetzen	5.000 EUR	Freiwillige Leistung	
Verfügungsmittel BM/PR kürzen	~2.500 EUR	Symbolisch wichtig	
Gästebewirtung/Repräsentation kürzen	~1.500 EUR		
Aus-/Fortbildung hinterfragen	bis 38.000 EUR	Verdopplung prüfen	
Öffentl. Bekanntmachungen digital	bis 24.000 EUR	Digitalisierung statt Print	
Werbung/Öffentlichkeitsarbeit	~1.500 EUR		
Jugendparlament reduzieren	~1.500 EUR		

B) Mittelfristig realisierbar (Gesamtpotenzial: ca. 150.000-300.000 EUR)

Maßnahme	Einsparpotenzial	Kommentar	
Personalstellen kritisch prüfen	50.000-150.000 EUR	Jede Stelle kostet ~50-60 T/Jahr	
Versicherungen neuausschreiben	30.000-50.000 EUR		+45,5% ist nicht marktüblich
Gebäudereinigung neuausschreiben	20.000-30.000 EUR		
Strukturwandel-Projekte konsolidieren	20.000-50.000 EUR	Weniger eigene Projekte	
Gebäudebestand optimieren	variabel	Energiekosten-Treiber	
Fahrzeughaltung überprüfen	10.000-20.000 EUR		+37,6% bei Fahrzeugen
Altersteilzeit-Stopp beibehalten	variabel	Bereits beschlossen	

C) Strukturell (grösster Hebel, kaum beeinflussbar)

Position	Betrag 2026	Anteil am Haushalt	Beeinflussbarkeit
Jugendamtsumlage	6.045.645	17,5%	sehr gering
Kreisumlage	5.367.590	15,6%	sehr gering
Personalkosten	6.911.581	20,0%	gering (langfristig)
ÖPNV-Umlage	669.696	1,9%	politisch klären
Wasserverbände	1.981.000	5,7%	sehr gering
Abschreibungen	3.514.695	10,2%	nicht beeinflussbar
Zinsen	1.698.950	4,9%	kurzfristig nicht

Über 75% der Aufwendungen sind kaum bis gar nicht kurzfristig beeinflussbar.

10. Zusammenfassende Bewertung

Die Lage

Die Landgemeinde Titz steckt in einer **strukturellen Schieflage**:

1. **Aufwendungen wachsen schneller als Erträge** - trotz massiver Steuererhöhungen (+50% Grundsteuer!)
2. **Gewerbesteuer bricht ein** (-1,48 Mio.) und kompensiert die Grundsteuer-Mehreinnahmen fast vollständig
3. **Zinslast explodiert** - Verdopplung bis 2029 auf 2,3 Mio. EUR
4. **47% der Aufwendungen sind Transferaufwendungen** (Umlagen), auf die die Gemeinde kaum Einfluss hat
5. **Neue Pflichtaufgaben** (ÖPNV-Umlage: 670.000 EUR) ohne Gegenfinanzierung
6. **HSK erst 2036 im Ausgleich**

- basierend auf optimistischen Annahmen (Grundsteuer B in der HSK-Planung auf Werte weit über 1.200 v.H. steigend)

7. **35 Mio. EUR Nettoneuverschuldung** in 2025-2027
8. **14,7 Mio. EUR Bürgschaftsrahmen** - erhebliches Haftungsrisiko
9. **2028 droht rechnerisch Illiquidität** (liquide Mittel: -15.572 EUR)

Die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten

- Maximal 15-20% des Haushalts sind kurzfristig beeinflussbar
-

Grösstes Potenzial: Begrenzung freiwilliger Leistungen, kritische Prüfung jeder neuen Stelle, Konsolidierung der Beteiligungen/Bürgschaften

-

Ohne Verbesserung auf der Einnahmeseite (Gewerbesteuer, Brainergy Park) oder Entlastung bei den Umlagen ist eine nachhaltige Sanierung kaum realistisch

Risiken im HSK

- Das HSK basiert auf **stetig steigenden Grundsteuer-Hebesätzen** - politisch schwer durchsetzbar
- Die **Gewerbesteuer-Prognose** hat sich bereits 2025 als zu optimistisch erwiesen
- **Steigende Zinsen** könnten die Planung zusätzlich belasten
- Die **Jugendamtsumlage** steigt mit 7,26% p.a. deutlich stärker als die Erträge
- **Fördermittel** für Strukturwandel-Projekte sind zeitlich befristet - danach fallen die Kosten der Gemeinde zu

---

Anhang: Methodik und Quellen

- **Datengrundlage:**

Haushaltssatzung, Gesamtergebnisplan und Gesamtfinanzplan beider Haushaltspläne; Vorberichte beider Jahre; Haushaltssicherungskonzept 2026-2036

- **Vergleichsbasis:** Ansatz 2025 (aus dem jeweiligen Haushaltsplan) vs. Ansatz 2026
- **Hinweis:**

Bei einigen Werten weichen die Ansätze für 2025 zwischen den beiden Plänen geringfügig ab (Fortschreibung). In diesen Fällen wurde der jeweils aktuellere Wert aus dem 2026er Plan verwendet.

- Alle Beträge in EUR, sofern nicht anders angegeben.

Fragenkatalog
für Rat und Ausschüsse
Haushalt 2026

Landgemeinde Titz

Stand: 10. Februar 2026
Grundlage: Haushaltsplan 2025 und Haushaltsplanentwurf 2026 inkl. HSK

Stand: 10. Februar 2026
Grundlage: Vergleich Haushaltsplan 2025 mit Haushaltsplanentwurf 2026 inkl. HSK 2026-2036

A) Grundsatzfragen zum Haushaltssicherungskonzept

A.1 Tragfähigkeit des HSK

- Das HSK sieht den Haushaltsausgleich erst **2036** vor. Auf welchen konkreten Annahmen basiert diese Prognose? Wie belastbar sind diese Annahmen angesichts der Tatsache, dass bereits die Gewerbesteuer-Prognose 2025 um 1,7 Mio. EUR verfehlt wurde?
- Welche Grundsteuer-Hebesätze sind in den Jahren 2027-2036 im HSK unterstellt? Wie realistisch ist eine politische Durchsetzbarkeit weiterer Erhöhungen über die bereits beschlossenen 1.200 v.H. (Grundsteuer B) hinaus?
- Welche externen Risiken (Konjunktureinbruch, Zinsanstieg, steigende Umlagen) wurden im HSK-Szenario berücksichtigt? Gibt es ein Worst-Case-Szenario?
- Für 2028 zeigt der Finanzplan rechnerisch **negative liquide Mittel** (-15.572 EUR). Welche Maßnahmen sind für den Fall einer drohenden Zahlungsunfähigkeit vorbereitet?

A.2 Kommunalaufsicht

- Welche konkreten Auflagen hat die Kommunalaufsicht im Zusammenhang mit dem HSK erteilt oder signalisiert?
- Gibt es einen Genehmigungsvorbehalt für Investitionsmaßnahmen oder Kreditaufnahmen?
- Welchen Spielraum hat die Gemeinde noch bei freiwilligen Leistungen?

B) Fragen zu Steuererhöhungen und Einnahmen

B.1 Grundsteuer

- Die Grundsteuer B steigt um **50%** (799 auf 1.200 v.H.), die Grundsteuer A um **49%** (939 auf 1.400 v.H.). Welche konkreten Belastungen ergeben sich daraus für ein durchschnittliches Einfamilienhaus in Titz? Bitte Modellrechnungen für verschiedene Grundstücksgrößen vorlegen.
- Wurden die Auswirkungen auf die Attraktivität der Gemeinde als Wohnstandort bewertet, insbesondere im Vergleich zu Nachbarkommunen?
- Wie stellen sich die Hebesätze der unmittelbaren Nachbarkommunen im Jahr 2026 dar (Bedburg, Elsdorf, Erkelenz, Jüchen, Jülich, Linnich, Niederzier)?
- Ist mit der Grundsteuer C (ab 2027: 500.000 EUR) eine Bebauungspflicht für unbebaute Grundstücke geplant? Welche Flächen sind betroffen?

B.2 Gewerbesteuer

- Der Gewerbesteuer-Ansatz sinkt dramatisch von 4.680.342 auf **3.200.370 EUR** (-31,6%), obwohl der Hebesatz von 519 auf 575 v.H. steigt. Wie erklärt sich dieser Rückgang? Welche Unternehmen haben Vorauszahlungen reduziert oder sind weggefallen?
- Das vorläufige Ist 2025 liegt bei nur 2.969.067 EUR (Plan: 4.680.342). Ist der Ansatz 2026 mit 3.200.370 EUR vor diesem Hintergrund nicht immer noch zu optimistisch?
- Welche konkreten Gewerbesteuer-Mehreinnahmen erwartet die Verwaltung aus dem Brainergy Park, dem Gewerbegebiet "Brainergy Craft" und dem möglichen Gewerbegebiet an der BAB A44? Ab welchem Jahr?

- Wie beurteilt die Verwaltung das Risiko, dass die Gewerbesteuererhöhung auf 575 v.H. bestehende Betriebe zur Abwanderung bewegt?

B.3 Sonstige Einnahmen

- Die **Mieteinnahmen** brechen um 423.400 EUR ein (698.400 auf 275.000) und die Nebenkosten von 170.650 auf 0 EUR. Welche Gebäude/Mietverhältnisse sind betroffen? Wurden Gebäude an den Kreis übertragen?
- Es gibt neue Positionen für **"Nutzungsentschädigungen Kreis"** (317.500 + 131.900 EUR) und weitere Nutzungsentschädigungen (161.100 + 56.400 EUR). Worum handelt es sich konkret? Stehen diese im Zusammenhang mit dem Mieteinnahme-Rückgang?
- Die **Auflösung SoPo Gebührenausgleich** steigt von 28.261 auf 352.620 EUR - eine Vervölffachung. Welcher Gebührenhaushalt wird hier aufgelöst und warum entfällt dieser Ertrag ab 2027 komplett?
- Die **Konzessionsabgaben** sinken trotz steigender Energiepreise von 360.800 auf 348.760 EUR. Wurde der Konzessionsvertrag nachverhandelt?

C) Fragen zu Aufwandssteigerungen

C.1 Personalkosten (+3,6% / +220.000 EUR)

- Im HSK-Jahr werden **netto 2,11 neue Stellen** geschaffen (+2,65 Tarif, -0,54 Beamte). Wie ist dies mit dem Konsolidierungsauftrag vereinbar?
- Die neue Stelle "Zukunft Titz - Wandel gestalten" steht unter Fördervorbehalt. Was passiert, wenn die Förderung nicht bewilligt wird?
- Die Archivstelle wurde von 0,5 auf 1,0 aufgestockt. Welche konkreten Digitalisierungsprojekte rechtfertigen diese Verdopplung?
- Der Sicherheitsdienst Rathaus (0,16 Stellenanteile) wurde nach einem "sicherheitsrelevanten Vorfall" eingerichtet. Um welchen Vorfall handelte es sich? Gibt es günstigere Alternativen (technische Sicherung)?
- Die Verwaltung hat beschlossen, Altersteilzeit nicht mehr zu gewähren. Welche Personalkosten-Einsparung ergibt sich daraus konkret in den nächsten 5 Jahren?

C.2 Sach- und Dienstleistungen (+10,3% / +576.000 EUR)

- **Strom**: Der Ansatz steigt von 184.000 auf 349.050 EUR (+89,7%). Wie erklärt sich eine Fast-Verdopplung? Wurden neue Gebäude in Betrieb genommen? Wurden Alternativangebote eingeholt?
- **Sonstige Dienstleistungen** (52 910 00): Steigerung von 543.600 auf 715.450 EUR (+31,6%). Dies ist ein Sammelposten - bitte aufschlüsseln: Was genau verbirgt sich hinter diesem Ansatz? Warum steigt er 2027 sogar auf 848.280 EUR?
- **Müllentsorgung**: Steigerung von 529.400 auf 650.400 EUR (+22,8%). Ist eine Neuausschreibung der Müllentsorgung geplant? Wann läuft der aktuelle Vertrag aus?
- **OGS-Aufwendungen**: Steigerung von 570.000 auf 685.000 EUR (+20,2%). Worauf ist die Steigerung zurückzuführen (mehr Kinder, höhere Personalkosten, neuer Vertrag)?
- **Wasserverbände**: Steigerung von 1.610.616 auf 1.981.000 EUR (+23%). Liegen die endgültigen Bescheide der Wasserverbände mittlerweile vor? Gibt es Möglichkeiten, die Beiträge zu senken?
- **Wilder Müll**: Verdopplung von 10.000 auf 20.000 EUR. Was hat sich verändert, dass dieser Ansatz verdoppelt werden muss?
- **Haltung von Fahrzeugen**: Steigerung von 66.500 auf 91.500 EUR (+37,6%). Wie viele Fahrzeuge unterhält die Gemeinde? Wurde ein Fahrzeugpool-Konzept geprüft?

C.3 Transferaufwendungen (+5,2% / +801.000 EUR)

- Die **ÖPNV-Umlage**

(669.696 EUR) ist völlig neu. Auf welcher Rechtsgrundlage wird sie erhoben? Gibt es Möglichkeiten, die Höhe zu beeinflussen oder eine Gegenleistung (bessere ÖPNV-Anbindung) einzufordern?

- Die **Jugendamtsumlage**

steigt auf 6.045.645 EUR und wächst im HSK mit 7,26% p.a. Welche Maßnahmen ergreift die Gemeinde auf Kreisebene, um diesen Kostenanstieg zu bremsen?

- Die **Förderschulen-Umlage**

steigt um 30,4% (280.000 auf 365.000). Was ist der Hintergrund dieser überdurchschnittlichen Steigerung?

- AsylbLG-Leistungen sinken deutlich (960.000 auf 622.000 / 712.000 auf 370.350 / 75.000 auf 0). Ist dies auf sinkende Zuweisungszahlen zurückzuführen oder auf eine Änderung der Abrechnungsmethodik?

C.4 Sonstige Aufwendungen

- **Fraktionszuwendungen**

: Fast Vervierfachung von 3.450 auf 13.000 EUR. Was ist die Begründung für diese Steigerung im HSK-Jahr?

- **Öffentliche Bekanntmachungen**

: Steigerung von 16.000 auf 40.000 EUR (+150%). Wurde geprüft, ob eine rein digitale Veröffentlichung (kostengünstiger) rechtskonform möglich ist?

- **Versicherungen**

: Steigerung von 220.250 auf 320.450 EUR (+45,5%). Welche Versicherungen sind betroffen? Wann wurden die Versicherungsverträge zuletzt ausgeschrieben/verhandelt?

- **Aus- und Fortbildung**

: Verdopplung von 39.000 auf 77.800 EUR. Welche konkreten Fortbildungsmaßnahmen sind geplant? Können diese im HSK-Zeitraum reduziert werden?

- **Mieten/Pachten**

: Position 54 220 10 steigt von 9.400 auf 220.700 EUR. Was wird hier angemietet? Steht dies im Zusammenhang mit dem Mieteinnahme-Rückgang?

- **Bauleitplanung**: Steigerung von 70.000 auf 80.000 EUR. Welche Bauleitplanverfahren sind konkret geplant?

D) Fragen zur Verschuldung und Zinsentwicklung

D.1 Kreditaufnahme

- In 2025-2027 sind Netto-Neuverschuldungen von insgesamt **35 Mio. EUR**

geplant. Wie hoch ist der aktuelle Gesamtschuldenstand der Gemeinde (inkl. Eigenbetrieb und Beteiligungen)?

- Die langfristigen Zinsaufwendungen steigen von 688.000 auf 1.630.450 EUR (+137%). Welcher Durchschnittszinssatz liegt der Planung zugrunde? Was passiert bei einem Zinsanstieg um 1 Prozentpunkt?

- Die Kreditermächtigung aus Vorjahren sinkt von 17 Mio. auf 2 Mio. EUR. Das bedeutet, in 2025 wurden ca. 15 Mio. EUR an Krediten aufgenommen. Wofür konkret?

D.2 Bürgschaften

- Der gesamte Bürgschaftsrahmen beträgt **14,675 Mio. EUR**

(ca. 1.835 EUR pro Einwohner). Die tatsächliche Inanspruchnahme liegt bei 10,9 Mio. EUR. Wie beurteilt die Verwaltung das Haftungsrisiko?

- Die Bürgschaft für die **NEULAND HAMBACH GmbH**

wurde um 586.000 EUR auf 3.012.000 EUR erhöht, die Inanspruchnahme beträgt bereits 2.965.373 EUR. Welche Rendite erwirtschaftet diese Beteiligung? Wann ist mit einer Entlastung zu rechnen?

- Die Inanspruchnahme der **Brainergy Park**

-Bürgschaft ist von 6.686.100 auf 7.596.900 EUR gestiegen (+910.800). Wie entwickelt sich das Projekt? Ab wann sind Erträge zu erwarten?

- Gibt es eine regelmäßige Risikobewertung der Bürgschaften? Wurden Rückstellungen gebildet?

E) Fragen zu Investitionen und Projekten

E.1 Investitionsplanung

- Die **Baumaßnahmen**

sinken von 8.932.000 (2025) auf 4.115.000 EUR (2026), steigen aber 2027 auf 10.020.000 EUR. Welche konkreten Baumaßnahmen sind in 2027 geplant?

- Der **Grundstückserwerb**

liegt bei 3.072.850 EUR. Welche Grundstücke sollen erworben werden? Stehen diese im Zusammenhang mit dem PRIMUS-Quartier?

- Für **bewegliches Anlagevermögen** steigt der Ansatz von 191.500 auf 492.300 EUR. Was wird konkret angeschafft?
- Die Zuwendungen für Investitionen sinken von 2.058.885 auf 1.691.499 EUR. Wurden alle Fördermöglichkeiten ausgeschöpft?

E.2 Strukturwandel-Projekte

- Wie hoch sind die **Gesamtkosten**

aller Strukturwandel-Projekte (Zukunft Titz, Kraftraum Shuttle, NEULAND HAMBACH, LandFOLGE Garzweiler, Brainergy Park) für die Gemeinde nach Abzug aller Förderungen?

- Was passiert nach **Auslaufen der Förderungen**? Welche laufenden Kosten verbleiben bei der Gemeinde?
- Welchen **konkreten Nutzen**

(messbar in EUR Steuereinnahmen, Arbeitsplätze, Einwohnerentwicklung) haben diese Projekte bisher für die Gemeinde erbracht?

- Kann die Gemeinde einzelne Projekte **reduzieren oder beenden**, um den Haushalt zu entlasten?

E.3 PRIMUS-Quartier

- Welches Investitionsvolumen ist für das PRIMUS-Quartier insgesamt vorgesehen? Über welchen Zeitraum?
- Welche Gegenfinanzierung (Förderung, Grundstückserlöse) ist gesichert?
- Ist dieses Projekt mit dem HSK vereinbar?

F) Fragen zu Beteiligungen und Sondervermögen

F.1 Gemeindeentwicklungs- und Dienstleistungsgesellschaft (GET)

- Wie hoch ist der jährliche Zuschussbedarf der GET aus dem Kernhaushalt?
- Welche konkreten Aufgaben nimmt die GET wahr, die nicht durch die Kernverwaltung erledigt werden könnten?
- Wäre eine Auflösung der GET und Rückführung der Aufgaben in die Kernverwaltung wirtschaftlicher?

F.2 Eigenbetrieb Wasserwerk

- Erwirtschaftet das Wasserwerk kostendeckende Gebühren?
- Wie hoch ist der Verwaltungskostenanteil, der dem Kernhaushalt erstattet wird (aktuell: 195.000 EUR)?
- Gibt es Synergien, die durch eine engere Verzahnung mit der Kernverwaltung gehoben werden könnten?

G) Fragen zur Konsolidierungsstrategie

G.1 Einnahmenseite

- Wurden **interkommunale Kooperationen**

zur Kostensenkung geprüft (z.B. gemeinsame Beschaffung, gemeinsame IT, gemeinsames Personalmanagement)?

- Gibt es **Grundstücke oder Gebäude**

, die verkauft werden könnten? Im Plan sind 250.000 EUR Veräußerungserlöse angesetzt - ist hier mehr Potenzial vorhanden?

- Wurden die **Gebührenhaushalte** (Abwasser, Müll, Bestattung, Winterdienst) auf volle Kostendeckung überprüft?
- Welche **Förderprogramme** (Land, Bund, EU) werden derzeit nicht genutzt, die zur Entlastung beitragen könnten?
- Die **EEG-Umlagen** bringen ca. 150.000 EUR jährlich. Gibt es Potenzial für weitere Anlagen im Gemeindegebiet?

G.2 Ausgabenseite

- Wurde eine **Aufgabenkritik**

durchgeführt? Welche freiwilligen Leistungen erbringt die Gemeinde, die eingestellt oder reduziert werden könnten?

- Gibt es einen **Maßnahmenkatalog** mit priorisierten Konsolidierungsmaßnahmen und deren erwarteten Einspareffekten?
- Welche **Verträge** (Reinigung, Müllentsorgung, IT, Versicherungen) stehen in den nächsten 2 Jahren zur Neuausschreibung an?
- Wurde ein **Energiemanagement-Konzept** erstellt? Die Energiekosten (Strom + Gas) liegen bei über 590.000 EUR.
- Kann die Gemeinde durch **Digitalisierung** Verwaltungsprozesse verschlanken und damit Personalkosten dämpfen?

G.3 Strukturelle Maßnahmen

- Wurde eine **Fusion oder engere Kooperation** mit Nachbargemeinden diskutiert?
- Gibt es Überlegungen, **Aufgaben an den Kreis** abzugeben oder von dort übernehmen zu lassen?
- Wurde geprüft, ob die Gemeinde von der Kommunalaufsicht eine **Bedarfszuweisung** des Landes erhalten kann?

H) Transparenz und Controlling

- Wie wird der Rat **unterjährig** über die Haushaltsentwicklung informiert? Gibt es quartalsweise Berichte?
- Wird ein **Frühwarnsystem** implementiert, das bei Abweichungen vom HSK automatisch Alarm schlägt?
- Wie werden die **Konsolidierungsmaßnahmen** des HSK überwacht und nachverfolgt?
- Wird der nächste **Jahresabschluss**

(2025) rechtzeitig vorliegen, um Erkenntnisse in die Haushaltsberatungen 2027 einfließen zu lassen?

Dieser Fragenkatalog dient als Grundlage für die politische Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2026 und des Haushaltssicherungskonzepts 2026-2036. Die Fragen basieren auf einer vergleichenden Analyse der Haushaltspläne 2025 und 2026.